

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	361
		<b>TOP:</b>	10
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	749/2022
		<b>GZ:</b>	T, WFB
<b>Sitzungstermin:</b>	15.11.2022		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Pätzold		
<b>Berichterstattung:</b>			
<b>Protokollführung:</b>	Frau Kappallo / th		
<b>Betreff:</b>	<b>Beschluss über die Errichtung einer Containeranlage zur Unterbringung von Flüchtlingen auf der Waldau, Guts-Muths-Weg 8, 70597 Stuttgart</b>		

Beratungsunterlage ist die gemeinsame Vorlage des Technischen Referats und des Referats für Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen vom 10.11.2022, GRDRs 749/2022, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Errichtung einer Containeranlage zur Unterbringung von geflüchteten Menschen auf der Waldau, Guts-Muths-Weg in Stuttgart-Degerloch, auf Grundlage der Darstellung in Anlage 1 wird zugestimmt. Insgesamt umfasst die Anlage ca. 110 Wohncontainer zuzüglich der erforderlichen Sanitär-, Küchen-, Aufenthalts-, Büro- und Lagermodule. Abhängig von den geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) und der damit möglichen Belegungsdichte wird Platz für 220 bzw. 330 Personen geschaffen.
2. Die Baukosten der Containeranlage (Anlage 2) in Höhe von insgesamt bis zu 9,0 Mio. EUR brutto werden im Haushaltsjahr 2023 im Teilfinanzhaushalt 230 - Liegenschaftsamt, Projekt-Nr. 7.233127 Flüchtlingsunterkünfte, Container, Guts-Muths-Weg, Ausz.Gr. 7871 - Hochbaumaßnahmen, gedeckt.
3. Der konkrete Finanzierungsmittelbedarf wird im Rahmen des voraussichtlich notwendigen Nachtragshaushaltsplans 2023 berücksichtigt. Die Verwaltung wird auf-

grund der Unabweisbarkeit der Maßnahme ermächtigt die notwendigen Verpflichtungen einzugehen.

4. Das Hochbauamt wird ermächtigt alle erforderlichen Planungs- und Bauleistungen zu beauftragen. Die Ausschreibung erfolgt systemoffen und die Bauausführung wird überwiegend aus einer Hand (Generalübernehmer) erfolgen. Soweit die Kostenobergrenze aus Beschlussziffer 2 eingehalten wird, wird aus Dringlichkeitsgründen auf den Projektbeschluss und den Baubeschluss verzichtet

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StR Rockenbach (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) bemerkt, seine Fraktion Sorge sich, dass sich die Verwaltung vom vor Jahrzehnten eingeschlagenen "Stuttgarter Weg" verabschiedet. Der Ansatz der dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen mit einer sozialen Integration in der Nachbarschaft und Nahversorgung werde verlassen. Der Stadtrat ergänzt, es mangle ihm an einer langfristigen Perspektive, wie mit dem Wohnungsproblem umgegangen werde. Das Wohnungsproblem führe zu den kurzfristigen Vorhaben der Errichtung einer Containeranlage zur Unterbringung von geflüchteten Menschen. Die Verwaltung habe versäumt, besser vorbereitet zu sein, so der Stadtrat. Nichtsdestotrotz sei er froh über die Aufstellung der 110 Container. Allerdings habe diese Wohnsituation mit den zweigeschossigen Systembauten von 2015 nichts gemein. Eine mittelfristige Strategie, wie Flüchtlinge untergebracht werden sollen, sei für ihn nicht erkennbar. Ebenso fehle eine Strategie, wie das Wohnproblem angegangen werde.

Folgende Fragen stellt der Stadtrat:

- In welche Strategie ist das Vorhaben eingebettet?
- Kann die Unterbringung von Flüchtlingen nicht besser, mit mehr Freiraum und Nahversorgung, als in dieser Variante gestaltet werden?

StRin Köngeter (PULS) schließt sich der Fragestellung ihres Vorredners an. BM Pätzold merkt an, eine Grundsatzdebatte für die Standards der Unterbringung müsste im Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA) geführt werden. Die bisherigen Standorte der Systembauten seien ausschließlich temporär genehmigt gewesen. Die Container werden aufgestellt, so der Vorsitzende, da die Plätze in der Hanns-Martin-Schleyer-Halle ersetzt werden müssten.

Zum Baulichen informiert Herr Holzer (HochbA), es gäbe einfachste Container mit einigen Nachteilen. Diese seien in der Schimmelbildung begründet mit der Folge, dass diese Container geschlossen werden müssen. Durch die lange Belegung mit vielen Menschen seien diese bauphysikalisch nicht geeignet. Die Container, die aktuell geplant seien, seien bezüglich des Dämmstandards so ausgerichtet, dass diese mit einer angestrebten Verlängerung über mehrere Jahre genutzt werden können. Bis Mitte/Ende nächsten Jahres könne durch die Wohncontainer eine Entlastung erreicht werden, wobei die Container mehrere Jahre genutzt werden können. Diese Lösung unter Anbetracht der genannten Parameter seien für diesen konkreten Standort angemessen.

StRin Schiener (90/GRÜNE) bemerkt als Betreuungsstadträtin von Degerloch, die Zustimmung im Bezirksbeirat sei unter dem Gesichtspunkt des vorhandenen Helferkreises

sowie der Kooperation mit dem Sportverein erteilt worden. An diesem Standort sollte aufgrund der Strukturen vor Ort nicht die Grundsatzfrage gestellt werden, ergänzt die Stadträtin.

StR Rockenbauch betont, ihm gehe es um die Perspektive, um eine langfristige Planung, wie Flüchtlinge untergebracht werden sollen. Die Grundsatzdebatte hinsichtlich der Standards liefere nicht die Flächen sowie des Planungs- bzw. Baurechts. BM Pätzold bemerkt, die Referate SI und WFB müssten in den SGA eingeladen werden, um die Grundsatzdebatte zu führen. Mit dem Referat SWU gelinge das Planrecht und mit dem Referat T erfolge die Umsetzung.

StR Conzelmann (SPD) erwähnt, er teile die Kritik von Stadtrat Rockenbauch, dass bei dieser Thematik die Verzahnung ämterübergreifend erfolgen müsse.

Der Vorsitzende sagt zu, den Wunsch des Rats nach einer Grundsatzdebatte im SGA unter Beteiligung des Referates WFB weiterzugeben. StRin Rühle (90/GRÜNE) wirft ein, im SGA sei die Generaldebatte bereits geführt worden. Der Wunsch des Rats sollte an das Referat WFB weitergegeben werden, damit die Grundsatzdebatte im Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen (WA) geführt werden könne. Der Vorsitzende verspricht eine Weitergabe des Wunsches nach einer Generaldebatte im WA.

BM Pätzold stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik stimmt dem Beschlussantrag bei zwei Stimmenthaltungen einmütig zu.

Zur Beurkundung

Kappallo / th

## Verteiler:

- I. Referat T  
zur Weiterbehandlung  
Hochbauamt (5)  
Referat WFB  
zur Weiterbehandlung  
Stadtkämmerei (2)  
Liegenschaftsamt (2)  
weg. VA, GR
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. Referat SOS  
Amt für Sport und Bewegung (2)
  3. *Referat SI*  
*Sozialamt*
  4. Referat SWU  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)  
Baurechtsamt (2)
  5. *BezA Degerloch*
  6. Amt für Revision
  7. L/OB-K
  8. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. CDU-Fraktion
  3. *SPD-Fraktion*
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*  
*LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *FDP-Fraktion*
  6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  7. *Fraktion FW*
  8. *AfD-Fraktion*

*kursiv = kein Papierversand*